



KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

MEDIENMITTEILUNG Vom 15. November 2007

Entscheid mit Kostenfolge

Der Kantonale Gewerbeverband Zürich (KGV) nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat der Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug» einen Gegenvorschlag entgegensetzt. Das der Regierungsrat dabei die wesentlichen Punkte der Initiative (Selbstdispensation) aufnimmt und damit einer Monopolisierung des Medikamentenverkaufs und einem weiteren Teuerungsschub Tür und Tor öffnet, ist für den KGV enttäuschend.

Mit dem Gegenvorschlag zur Initiative der Ärzte, will der Regierungsrat einen Strich unter den Dauerstreit zwischen Ärzten und Apothekern ziehen. Dass damit ein Teuerungsschub im Gesundheitswesen und eine Monopolisierung des Medikamentenverkaufs erreicht wird, ist offenbar nicht berücksichtigt worden. Wer Rezepte ausstellt sollte nicht gleichzeitig vom Verkauf profitieren können. Damit werden falsche Anreize gesetzt und die Kosten im Gesundheitswesen steigen. Die Zeche zahlen die Versicherten über steigende Krankenkassenprämien. Dies belegen verschiedene Studien und Analysen.

Das die Diskussion über die Medikamentenabgabe in den Städten Zürich und Winterthur endlich beendet werden sollte ist klar. Sich der Ruhe halber aber für ein „Schrecken ohne Ende-Szenario“ in Form von steigenden Kosten zu entscheiden, ist jedoch fragwürdig. In seiner Medienmitteilung schreibt der Regierungsrat selber, dass die Bevölkerung gemäss einer Studie am „Status quo“ festhalten wolle. Warum er diesen Wählerwillen nicht mit einer Ablehnung der Initiative umsetzt, ist deshalb fragwürdig.

Kontaktadresse:

KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

Martin Arnold, Geschäftsleiter
Badenerstrasse 21
Postfach 2918
8021 Zürich
Telefon 043 288 33 66
Mobile 079 678 82 82
martin.arnold@kgv.ch